10.02.2023

ANDREAS
MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

Liebe Freunde,

ich möchte mit der traurigen Nachricht beginnen, dass mein langjähriger Kollege und Weggefährte im Petitionsausschuss, Gero Storjohann, nach langer intensivmedizinischer Behandlung leider am 29. Januar verstorben ist. Wir denken in diesen Tagen an seine Familie.

Natürlich laufen die Mühlen der Politik auch trotz solch tragischer Ereignisse weiter. Viele Bürger haben mich in den letzten Monaten gefragt, wie es sein kann, dass die deutsche Politik in einer derartigen Krise zum Teil so ungeplant reagiert. Daher möchte ich euch exemplarisch gerne einen Einblick in die letzten Verstrickungen der Ampel in das Hin und Her um Härtefallunterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen gewähren.

Neben weiteren aktuellen bundespolitischen Themen hatte ich in der letzten Woche viele Wahlkreis-Eindrücke. So stehe ich im fachlichen Austausch mit dem Verein der Sportfischer Verden bezüglich der Renaturierung der Aller. Zudem habe ich mich mit meinen drei Junior-Botschafterinnen getroffen, für die ich im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms die Patenschaft übernommen habe. Auch habe ich 50 Besucherinnen und Besucher des Schützenvereins Steinberg und der CDU-Kreistagsfraktion Verden im Bundestag empfangen und spannende und vielfältige Einblicke ins Parlament und unsere Bundeshauptstadt ermöglicht.

Mehr zu diesen und weiteren Themen finden Sie wie gewohnt in den verschieden Rubriken.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

A. Mattfeldt

Andreas Mattfeldt

FOTO DER WOCHE

Foto: Inga Haar

Nachruf zu Gero Storjohann

Mein „Foto der Woche“ möchte ich in diesem Newsletter meinem langjährigen Kollegen, Gero Storjohann, widmen. Gero ist nach langer intensivmedizinischer Behandlung leider am 29. Januar verstorben. Seit 2009 saßen wir gemeinsam im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags und haben uns intensiv für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt.

Die Arbeit dieses Ausschusses lag Gero, wie mir auch, immer sehr am Herzen und gemeinsam konnten wir über viele Jahre zahlreiche Themen gestalten, gemeinsame Delegationsreisen begehen und häufig miteinander lachen. Seinen angenehmen Humor werde ich sicherlich vermissen.

Mit Gero ist nicht nur ein fest verankertes Mitglied unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sondern vor allem ein toller Kollege und herzlicher Mensch von uns gegangen. Als langjähriger Kreisvorsitzender seiner Heimatgemeinde Seth in Schleswig-Holstein hat er viel bewegen können. Seine Leidenschaft für die Verkehrspolitik war einzigartig und hat sich insbesondere im Bereich des Radverkehrs ausgewirkt.

Gero, du wirst uns fehlen!

THEMEN DER WOCHE

Einblick ins Parlament: Härtefallunterstützung für KMU

Auch wenn die Großmarktpreise für Gas sich mittlerweile stabilisiert haben, sind die Preise für Endkunden von Strom, Gas und anderen Energieträgern immer noch auf einem hohen Niveau. Nicht nur für viele Privathaushalte ist dies eine enorme Herausforderung, sondern auch für Gewerbe und Industrie. Die Inflation wird dadurch zudem weiter angeheizt.
Dass die Ampel hier Unterstützungen zugesagt hat, ist insofern wichtig und richtig, damit wir nicht Zustände wie in Großbritannien erhalten, wo etwa Senioren mittlerweile vielfach sich das Heizen nicht mehr leisten können und daher in beheizte Räume sogenannte „warm banks“, gehen müssen, um sich dort aufzuwärmen.
Die Hilfen sind aber zu zögerlich geschehen und mal wieder unkoordiniert. Wer sich an die Themen des vergangenen Jahres wie Effizienzhausförderung, Gasbeschaffung, Gasumlage oder Atomkraftwerksabschaltung erinnert, weiß, wie plötzlich Entscheidungen raus gegeben werden und dann genauso plötzlich ab- und umgeändert oder ganz gestrichen werden. Das ganze Dilemma um Bundeswehr und Ukraine-Unterstützungen mal beiseitegelassen.

Den Vogel abgeschossen hatte aber die Ampel im Haushaltsausschuss vor zwei Wochen, als die durch Bundeskanzler Scholz versprochenen Härtefallhilfen bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) auch für leitungsungebundene Energieträger wie Öl, Holzpellets oder auch Flüssiggas handstreichartig von den Ampel-Haushaltskollegen gestrichen wurde. Mit der uns erst kurz vorher zugegangen Beschluss-Vorlage haben sie es nicht nur geschafft, uns zu überraschen sondern auch ihr eigenes Bundesministerium für Wirtschaft, und die Bundesländer. Entsprechend der zahlreichen Anrufe, die ich und viele Kollegen im Bundestag erhielten, waren vor allem die Betriebe als Betroffene sehr überrascht. Die Länder hatten bereits Förderrichtlinien ausgearbeitet und ihre IT-Systeme entsprechend ausgerichtet. Durch das unkoordinierte Handeln der Ampelabgeordneten wurde diese Arbeit innerhalb weniger Minuten zunichte gemacht. Die rasche Auszahlung der gesamten Härtefallhilfen wurde dadurch gefährdet.

Auf die Konsequenzen angesprochen verwiesen die Ampel-Kollegen uns gegenüber darauf, es gäbe ohnehin keine Antragberechtigten bzw. könnten die Betriebe ja ihre Heizungs- oder Produktionssysteme umstellen. Abseits des betrieblichen Irrsinns einer solchen Aussage konnte die Ampel nicht nachvollziehen, dass damit vor allem Betriebe im ländlichen Raum getroffen hätte und es zu Wettbewerbsverzerrungen käme. Erst durch immensen Druck durch meine Fraktionskollegen und mich konnten wir die Ampel dazu bewegen, die Härtefallhilfen wie versprochen auch an KMU mit leitungsungebundenen Energieträgern freizugeben und damit eine schnelle Auszahlung aller Hilfen zu ermöglichen.
Im letzten Jahr habe ich viele Abstimmungsprobleme und plötzliche Meinungsänderungen der Koalitionäre miterleben dürfen, aber ein solches unverantwortliches und vertrauensschädigendes Handeln ist mir in meinen Jahren als Abgeordneter noch nicht untergekommen.

Olaf Scholz hatte auch im Wahlkampf immer wieder verlauten lassen, dass bei ihm Führung bekomme, wer Führung bestelle. Vielleicht ist die Bestellung ja unterwegs verloren gegangen.

Deutschlands Energieversorgung sichern und jetzt für den Winter 2023/2024 vorbereiten

Es ist nie zu früh, sich auf den nächsten Winter vorzubereiten – unter dieser Maßgabe hat die Internationale Energieagentur (IEA) jüngst Maßnahmen zur Stabilisierung des Strom- und Gasmarktes mit Blick auf den Winter 2023/2024 vorgeschlagen. Mit unserem Antrag Deutschlands Energieversorgung sichern und jetzt für den Winter 2023/2024 vorbereiten fordern wir: Dem muss die Bundesregierung jetzt schnell Folge leisten. Denn sonst droht den EU-Staaten im nächsten Winter eine Gaslücke von fast 30 Mrd. Kubikmetern. Gleichzeitig werden unsere Gasversorgung und die Preisentwicklung erheblich von der Lage am Weltmarkt abhängen. Mit unserem Antrag legen wir einen Energieplan für den Winter 2023/2024 vor, um neben dem Krisenmanagement für den laufenden Winter rechtzeitig auch für den darauffolgenden Winter vorzusorgen.

Aktuelle Stunde: Krise auf dem Wohnungsmarkt – jetzt entschlossen gegensteuern

Mit Amtsantritt hatte die Ampel-Regierung das selbstgesteckte Ziel ausgegeben, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 Sozialwohnungen – bauen zu wollen. Aber mittlerweile hat Bauministerin Geywitz einräumen müssen: Dieses Ziel wird für die Jahre 2022 und 2023 klar verfehlt. Zu erwarten ist, dass es auch im Jahr 2024 so weitergeht. Bereits jetzt besteht in vielen Regionen ein erheblicher Mangel an Wohnraum. Das wirtschaftliche Umfeld bleibt auch auf absehbare Zeit sehr herausfordernd: Zinsen und Materialkosten steigen weiter und auf dem Bau herrscht ein immenser Fachkräftemangel. Hinzu kommen von der Ampel hausgemachte Probleme, wie etwa das Chaos bei der KfW-Förderung, überhöhte Standards für die Energieeffizienz oder die Abschaffung bewährter Programme wie das Baukindergeld. Bauherren werden dadurch verunsichert.
Bezahlbares Wohnen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit – in der Stadt und inzwischen auch im ländlichen Raum. Bauen und Investieren braucht aber vor allem eines: Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Für uns gilt: Nur mit mehr Wohnungsneubau nehmen wir Druck von den Mieten und schaffen Wohnraum für Familien. Dabei müssen wir alle Wohnformen in den Blick nehmen: Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser. Wir wollen keine ideologischen Einschränkungen beim Wohnungsbau. Nur wenn wir alle Kräfte bei Bauherren und Unternehmen freisetzen und alle Wohnformen berücksichtigen, können wir den Wohnungsneubau in Schwung bringen. Wir brauchen deshalb eine Offensive für den Wohnungsbau ohne ideologische Einschränkungen.

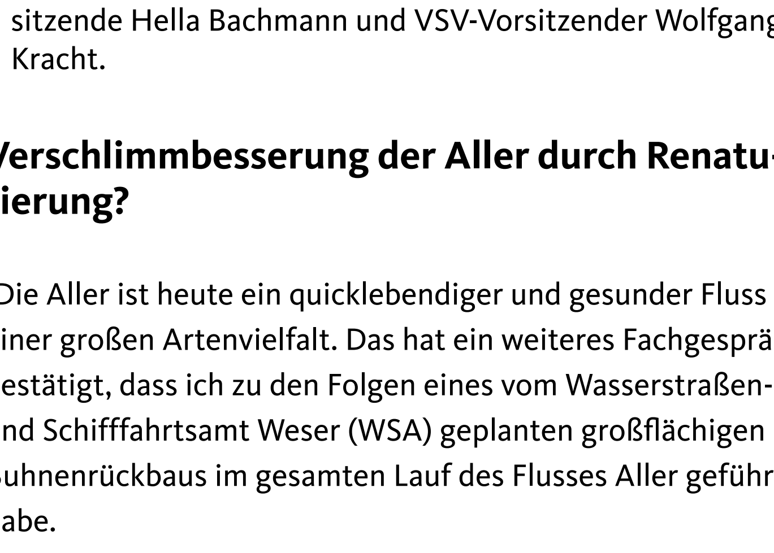
Fahrradland Deutschland – Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans

Auch der Radverkehr ist ein wichtiger Baustein für alltagstaugliche, gesunde und klimafreundliche Mobilität. Mit dem Nationalen Radverkehrsplan (NRVP) 3.0 haben die CDU/CSU-geführte Bundesregierung sowie Länder, Gemeinden und Verbände, einschließlich Bürgerbeteiligung, in der 19. Legislaturperiode eine ambitionierte Strategie erarbeitet, um den Radverkehr in Deutschland weiter voranzubringen. Mit unserem Antrag Fahrradland Deutschland – Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans richten wir sechs Forderungen an die Bundesregierung. Dazu gehören u.a. die Forderung, den Nationalen Radverkehrsplan der Bundesregierung aus der 19. Legislaturperiode zeitnah umzusetzen. Das Straßenverkehrsrecht muss darüber hinaus weiterentwickelt werden, um die Sicherheit im Straßenverkehr für Radfahrerinnen und Radfahrer zu erhöhen.
Das Bauwesen ist für rund 60 Prozent des weltweiten Ressourcenverbrauchs, für rund 50 Prozent des weltweiten Abfallaufkommens und für mehr als 35 Prozent des weltweiten Energieverbrauches verantwortlich. Somit ist der Bausektor eine Schlüsselbranche zur Erreichung der Pariser Klimaziele. Ein entscheidender Faktor dabei ist, dass gut ein Drittel aller Treibhausgasemissionen eines Gebäudes vor der tatsächlichen Nutzung entstehen – nämlich bei der Herstellung und Errichtung. Mit unserem Antrag Einsatz von Recycling-Baustoffen stärken wollen wir die Herstellungsphase und den Ressourcenverbrauch eines Gebäudes stärker in den Blick nehmen und Einsatz von Recycling-Baustoffen auf eine breite Grundlage stellen. Erforderlich ist ein Mehrklang aus sinnvollen Grenzwerten, zielgerichteten Förderprogrammen und rechtlichen Regelungen, um mit gezielten Maßnahmen die Rahmenbedingungen für das Baustoffrecycling zu verbessern.
Wie immer habe ich mich sehr über den Besuch und den Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis gefreut.

Verursacherprinzip beachten – Ausnahmemöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe in roten Gebieten schaffen

Bei den sog. „roten Gebieten“ handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Regionen, die mit Nitraten belastet sein sollen. Mit unserem Antrag Verursacherprinzip beachten – Ausnahmemöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe in roten Gebieten schaffen fordern wir die Bundesregierung auf, umgehend in Abstimmung mit den Bundesländern ein Konzept zur verursachergerechten Befreiung landwirtschaftlicher Betriebe, die nachweislich gewässerschonend wirtschaften, von Verpflichtungen in roten Gebieten vorzulegen und das erarbeitete Konzept eng mit der EU-Kommission abzustimmen. So kann die Bundesregierung eine rechtssichere und zügige Umsetzung ermöglichen.

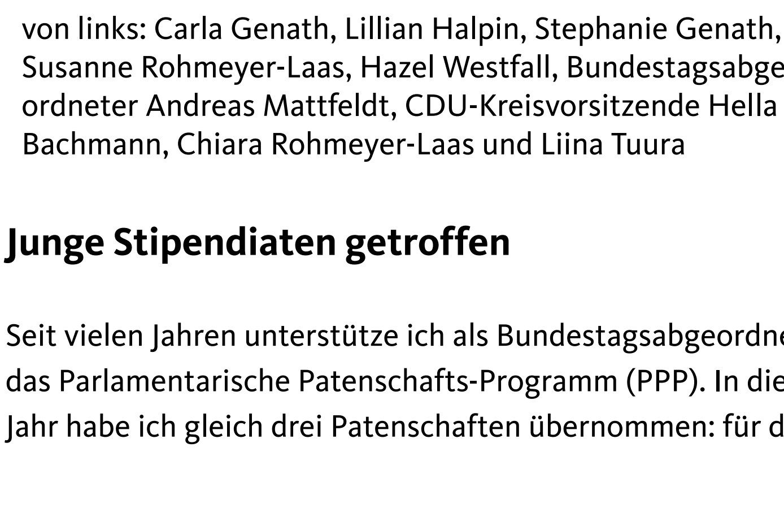
WAHLKREIS AKTUELL



von links: Vorsitzender der Jägerschaft im Kreis Verden Jürgen Luttmann, Dr. Rainer Becker (VSV 2. Vorsitzender), Bundestagsabgeordneter Andreas Mattfeldt, CDU Kreisvorsitzende Hella Bachmann und VSV-Vorsitzender Wolfgang Kracht.

Verschlimmbesserung der Aller durch Renaturierung?

IDie Aller ist heute ein quicklebendiger und gesunder Fluss mit einer großen Artenvielfalt. Das hat ein weiteres Fachgespräch bestätigt, dass ich zu den Folgen eines vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser (WSA) geplanten großflächigen Buhnenrückbaus im gesamten Lauf des Flusses Aller geführt habe.
Ein solcher massiver Eingriff in den von Menschhand durch die Allerbegradigung vor 100 Jahren geschaffenen Lebensraum der heute mehr als 30 in der Aller lebenden, zum Teil geschützten Fischarten, der geschützten Flussmuschelbestände sowie unzähliger Kleinstlebewesen, die für diese Nahrungskette unverzichtbar sind, sollte in meinen Augen mit größtmöglichem Augenmaß erfolgen. Das setzt für mich voraus, dass vor dem Beginn der Arbeiten ein von den Projektbeteiligten unabhängiges Umweltverträglichkeitsgutachten und eine daraus abgeleitete Folgenabschätzung erstellt und vorgelegt werden. So musste es ja auch vor dem Bau der Pylone der neuen Nordbrücke in Verden gemacht werden.
Wenn diese wissenschaftlichen Erhebungen zeigen sollten, dass die Natur und insbesondere die Artenvielfalt nicht nachweislich von einem solchen Buhnenrückbau und dem Entfernen der Steinpackungen an den Uferböschungen auf nahezu 100 Flusskilometern profitieren, dann sollten wir die Finger von diesen Maßnahmen lassen! Und anders gesagt: Bis zum Vorliegen dieser Gutachten sind die Projektbeteiligten nach meiner Meinung gut beraten, sämtliche diesbezügliche Maßnahmen ruhen zu lassen.
Wir dürfen hier nicht noch mehr Unruhe und Unsicherheit in die Diskussion bringen. Gerade bei diesem wichtigen Projekt ist es im entscheidenden Interesse des Bundes als Geldgeber, Projektbeteiligte wie Bevölkerung so gut wie irgend möglich mitzunehmen und Einwände ernst zu nehmen.
In meinen Augen wäre es wissenschaftlich unseriös, wenn der großräumige Rückbau der Aller damit gerechtfertigt werden soll, weil der Mensch diesen Lebensraum durch seinen Eingriff irgendwann einmal geschaffen hat. Kein vernünftiger Mensch würde zum Beispiel auf den Gedanken kommen, dass die aus gutem Grund naturgeschützten und landschaftstypischen Tier- und Insektenrückzugsorte, die Wallhecken, platt gemacht werden müssen, nur weil der Mensch sie irgendwann einmal geschaffen hat.
Gemeinsam mit unseren landesweit anerkannten naturschutzfachlichen Spezialisten vor Ort, dem Verein der Sportfischer Verden mit Dr. Rainer Becker und Wolfgang Kracht, der den Anschluss des Allerarmes in langjähriger Arbeit überhaupt erst ermöglicht hat, aber auch unserem im Naturschutz vorbildlich engagierten Kreisjägermeister Jürgen Luttmann, unterstütze ich seit vielen Jahren den Anschluss des Allerarms. Das ist ein wichtiger Teil des bundesweiten Blaues-Band-Projektes.
Da der Bund erhebliche Millionenbeträge in dieses Projekt pumpt, fühle ich mich als Mitglied des geldgebenden Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Sinne der Bürgerinnen und Bürger aber ebenfalls zutiefst verpflichtet, unnötige oder wissenschaftlich zweifelhafte Eingriffe in natürliche Lebensräume vermeiden zu helfen, wie sie durch den Buhnenrückbau im Allerverlauf entstehen könnten.



von links: Carla Genath, Lillian Halpin, Stephanie Genath, Susanne Rohmeyer-Laas, Hazel Westfall, Bundestagsabgeordneter Andreas Mattfeldt, CDU-Kreisvorsitzende Hella Bachmann, Chiara Rohmeyer-Laas und Liina Tuura

Junge Stipendiaten getroffen

Seit vielen Jahren unterstütze ich als Bundestagsabgeordneter das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP). In diesem Jahr habe ich gleich drei Patenschaften übernommen: für die beiden US-amerikanischen Schülerinnen Hazel Westfall und Lillian Halpin, die seit August letzten Jahres in Deutschland sind sowie die deutsche Carla Genath, die in diesem Sommer für ein Jahr in die USA gehen wird. Gemeinsam mit der 17-jährigen finnischen Austauschschülerin Liina Tuura berichteten die drei 16-Jährigen mir als ihrem parlamentarischen Paten.
Ich ermutige junge Menschen seit vielen Jahren, egal ob Schüler oder Auszubildende, diese unglaubliche Chance für sich und die eigene persönliche Entwicklung aktiv zu nutzen. Bereits zum 40. Mal ermöglicht das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP), ein gemeinsames Stipendienprogramm des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses, 720 Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Deutschland und den USA, knapp ein Jahr im jeweils anderen Land zu verbringen und den Alltag des Gastlandes zu erleben. Jeder Teilnehmer lebt während dieser Zeit in einer Gastfamilie und besucht die Schule. Gleichzeitig treten die jungen Menschen bei einigen offiziellen Anlässen als junge Botschafter ihres Heimatlandes auf und erhalten intensive Weiterbildungen.
Aus den Erfahrungen meiner vielen PPP-Patenschaften weiß ich, dass das für alle Beteiligten eine große persönliche Herausforderung ist: Die Eltern schicken ihre Kinder in die Ferne und erhalten sie nach einem Jahr deutlich erwachsener zurück. Für die jungen PPPler ist es eine erste richtige Bewährungsprobe, ein ganzes Jahr ohne die schützende Hand der Eltern und der Freunde zu Hause zu überstehen. Gleichzeitig müssen sie sich auf ihre Gastfamilie, auf die fremde Schule und ein anderes Land einstellen. In diesem Zusammenhang bin ich besonders dankbar für das große Engagement der Gasteltern, von dem die Patenschülerinnen und –schüler erheblich profitieren. Davon berichteten mir auch die beiden jungen Amerikanerinnen Lillian und Hazel sowie ihre finnische Freundin Liina. „Das ständige Lüften in deutschen Schulen und Behörden ist mir in Fleisch und Blut übergegangen”, gestand Lillian aus dem Staat New York auf die Frage, was sie von ihrem Gastwohnort Osterholz-Scharmbeck mit nach Hause nehmen wird. Hazel, die im Kreis Verden eine gute Gastfamilie gefunden hat und die tief im Familienstammbaum deutsche Wurzeln entdeckt hat, lobt dagegen das deutsche Schulsystem: „Hier wirst Du tatsächlich gefordert und lernst auch was.“ Zu Hause in Connecticut sei das eher so wie „teilnehmen und Noten abholen“… .
Liina aus Finnland hingegen hat vor allem den Schnee zu Weihnachten vermisst, den sie von zu Hause kennt. Aber sie hat auch viel gefunden: „Die Deutschen sind viel offener als die Menschen zu Hause.“ Das möchte sie künftig auch für sich persönlich umsetzen.
Der Flug ins Ungewisse liegt noch vor der 16-jährigen Carla Genath aus Osterholz-Scharmbeck. Wo es für sie in diesem Sommer in den USA genau hingehen wird, das erfährt sie erst kurz vor ihrer Abreise. Als aktive Leichtathletin und Volleyballerin freut sie sich schon jetzt auf die sportlich ausgerichteten amerikanischen Highschools, träumt von der Stadt die niemals schläft und dem sonnigen Los Angeles. Aber eigentlich ist sie einfach nur neugierig darauf, möglichst viel Neues zu entdecken, Menschen und Lebensweisen kennenzulernen: „Egal, wo es für mich hingeht, ich freue mich darauf!“

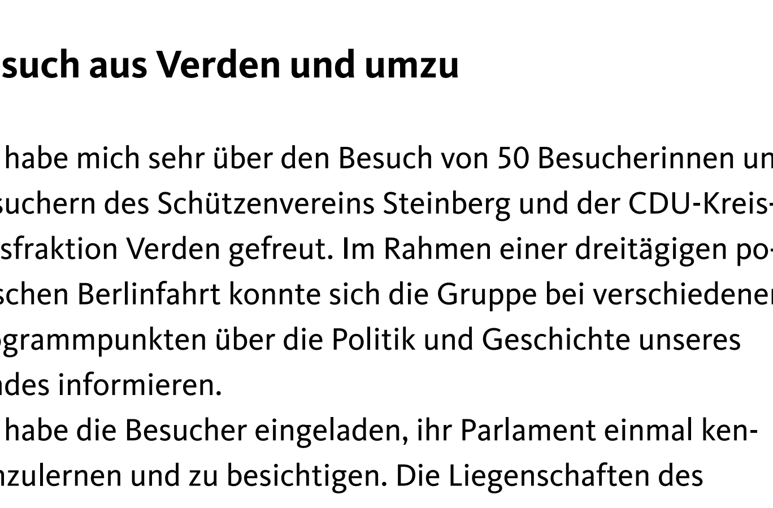


Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie

Besuch aus Verden und umzu

Ich habe mich sehr über den Besuch von 50 Besucherinnen und Besuchern des Schützenvereins Steinberg und der CDU-Kreistagsfraktion Verden gefreut. Im Rahmen einer dreitägigen politischen Berlinfahrt konnte sich die Gruppe bei verschiedenen Programmpunkten über die Politik und Geschichte unseres Landes informieren.
Ich habe die Besucher eingeladen, ihr Parlament einmal kennenzulernen und zu besichtigen. Die Liegenschaften des Deutschen Bundestags sind immer ein besonderes Highlight und der historische Reichstag mit seiner gläsernen Kuppel ein toller Abschluss. In einem bilateralen Gespräch haben wir über aktuelle Themen gesprochen und Fragen geklärt, die meinen Gästen unter den Nägeln brannten. Auch der Arbeitsalltag, den ich hier in Berlin habe, war dabei Thema, denn der läuft mit seinen vielen Sitzungen doch etwas anders ab, als im normalen Berufsleben.
An den anderen beiden Tagen hatten meine Wahlkreisgäste unter anderem die Gelegenheit, die Stadt bei einer Stadtrundfahrt ein wenig besser kennenzulernen und zu erfahren, wie der Bundesrat arbeitet. Ich freue mich ja immer, wenn ich Besuch aus der Heimat bekomme und auch einmal locker mit allen ins Gespräch kommen kann.

BÜRO BERLIN
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 22 77 13 24
andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de